

Dr. Irina Pfützenreuter, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Impulsreferat: Beratungs- und Kooperationsstrukturen für das altersgerechte Wohnen

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke dem KDA für die Möglichkeit, heute auf dieser Fachtagung einen Impuls setzen zu können. Bei Betrachtung des Themas drängt sich naturgemäß die Frage auf:

Was ist altersgerechtes Wohnen?

Zum Beispiel für ein kleines Kind – Am Anfang des Lebens verbringt der Mensch sehr viel Zeit in der Wohnung, er braucht Hilfe und Unterstützung für die Verrichtungen des Alltags sowie beim Verlassen und Aufsuchen der Wohnung. Er braucht aber u.a. auch Zuwendung, Kommunikation, soziale und körperliche Kontakte.

Und für einen älteren Menschen – der ältere Mensch verbringt zunehmend mehr Zeit in seiner Wohnung, braucht häufiger Hilfe und Unterstützung bei den Verrichtungen des Alltags, bei der Versorgung und Erledigung von Behördenangelegenheiten, Einkauf oder Arztbesuchen sowie beim Verlassen und Aufsuchen der Wohnung. Und er braucht Zuwendung, Kommunikation, soziale und körperliche Kontakte. Auch dem Wohnumfeld kommt für beide große Bedeutung zu – aber dazu später mehr.

Wir sehen also, im Lebenslauf wiederholen sich bestimmte Situationen und Bedürfnisse. Menschen können etwas noch nicht – oder nicht mehr – selbstständig tun. Heranwachsende und Berufstätige verbringen sehr viel weniger Zeit in der Wohnung und haben daher teilweise andere Anforderungen an die Wohnung und an das Wohnen. Der bereits in den siebziger Jahren vom Hamburger Architekten Volker Doose geprägte Begriff vom "Lebenslaufwohnen" nimmt diese Situation auf. Nicht der Mensch soll seine Bedürfnisse an die Wohnung anpassen, sondern die Wohnung soll so beschaffen sein, dass sie in den verschiedenen Lebensphasen zweckentsprechend genutzt werden kann, die Ressourcen und Kompetenzen des

Menschen gestärkt und eventuelle Defizite ausgeglichen werden können. Es geht also um ein "Wohnen für jedes Alter".

"So normal wie möglich." – lautet gemeinhin die Antwort auf die Frage, wie man im Alter wohnen wolle. Und mehr als 94 Prozent der älteren Menschen tun das auch. Sie leben in der Wohnung, in der sie alt geworden sind und wollen dort auch bleiben. Wohnung und Biografie sind eng miteinander verbunden, daher besteht eine hohe emotionale Bindung an diesen Ort des gelebten Lebens und allein die Überlegung, diese Wohnung für eine andere Unterbringung aufgeben zu müssen, macht Angst und kündigt Verlust an.

Selbstbestimmt leben heißt in diesem Kontext vor allem, **selbstständig zu wohnen**¹ und die gewachsenen Kontakte zur Nachbarschaft und zum Freundeskreis pflegen zu können. Eine Wohnung, die man in jeder Lebensphase nutzen kann, ist eine Voraussetzung, um sich wohl zu fühlen und sein Umfeld aktiv mitzugestalten. Das heißt: eine Wohnung müsste geeignet sein für Kindererziehung, Haushaltsführung, mitunter auch für die Arbeit, für junge, für alte und für behinderte Menschen. Der größere Anteil der Wohnungen entspricht diesem Anspruch nicht oder nur mit Abstrichen. Doch die allermeisten Wohnungen sind bereits vorhanden, sie entstammen verschiedenen Zeiten und spiegeln unterschiedliche Vorstellungen vom Wohnen wieder. Lebenslaufwohnen ist also eher ein Ideal, das es anzustreben gilt, kaum Wirklichkeit. Und auch bei neu gebauten Wohnungen findet man die Umsetzung dieses Gedankens eher selten.

Wie ist das nun mit dem Wohnen im Alter?

Das Alter ist zu einem eigenständigen und zeitlich umfangreichen Lebensabschnitt mit vielen Facetten geworden. Alt werden heißt nicht nur, aktiv den Lebensabend zu gestalten, Muße zu genießen, mit den Enkeln zu spielen oder Ehrenämtern nachzugehen. Alt werden ist für den einzelnen eine Herausforderung, gerade weil es

¹ Der Deutsche Verein hat seine Position zur Entwicklung der alternden Gesellschaft zuletzt in zwei Empfehlungen dargestellt:

- Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung, NDV 2006, 529
- Positionspapier „Eine Gesellschaft des langen Lebens annehmen und vor Ort gestalten“, NDV 2007, 481

kein kurzer, allein auf das Sterben zulaufender Prozess ist. Darauf muss sich auch der Einzelne einstellen und vorbereiten.

Das ist nicht zuerst eine Frage für die heute alten oder sehr alten Menschen – nein, das ist eine Frage, der wir uns hier stellen müssen. Wir haben die Möglichkeit, aber vielleicht auch die Pflicht, vorausschauend die Lebensbedingungen für eine "Gesellschaft des langen Lebens" zu gestalten.

Die Frage, wie will ich im Alter leben und wohnen, muss zunächst jeder für sich stellen und beantworten, aber um die verschiedenen Möglichkeiten kennen zu lernen, benötigt er Informationen und teilweise auch Unterstützung vor Ort. Zu diesen Fragen gehört es auch für sich zu klären: Kann ich in der Wohnung, in der ich jetzt lebe auch alt werden und alt sein? Kann ich auch bei Unterstützungsbedarf in dieser Wohnung leben? Kann ich auch mit körperlichen Einschränkungen meine Wohnung noch verlassen? Kann ich die Einrichtungen in der Umgebung für meine Versorgung auch dann noch nutzen?

Sich solche Fragen zu stellen und sie ehrlich und ohne Illusionen zu beantworten, gehört auch zur individuellen Vorbereitung auf das Alter, das eben als Lebensphase immer länger wird. Mit wem kann ich mich beraten, wenn ich darüber nachdenke? Oder muss ich das ganz allein oder bestenfalls im Austausch mit Nachbarn oder Freunden entscheiden. Ist mein Vermieter hierfür ein Ansprechpartner? Große Wohnungsunternehmen haben teilweise solche Beratungsmöglichkeiten entwickelt. Hier gibt es ein breites Betätigungsfeld für Freie Träger, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die Kommunen sollten es sich nicht nehmen lassen, ihre meist langjährigen Einwohner bei der Suche nach Antworten zu unterstützen.

So unterschiedlich wie Menschen ihr Leben verbringen, so unterschiedlich altern sie auch. Familiäre Bedingungen, Bildung und Ausbildung, Berufstätigkeit und Arbeitsbedingungen, die Wohnsituation, Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten sind nur einige der Faktoren, die die Lebenssituation zum Alter hin entscheidend beeinflussen. Erheblich sind auch die regionalen Unterschiede – zwischen Stadt und Land, Nord und Süd, Ost und West. Während Schrumpfung und Alterung schon

heute wesentliche Teile Ostdeutschland prägen, wird sich dieser Prozess in den alten Bundesländern differenzierter und längerfristiger gestalten.

Der biografische Hintergrund unterscheidet die künftigen Senioren generationen von der jetzigen Generation alter und hochaltriger Menschen.

Spätere Generationen – also wir zum Beispiel - dürften im Alter eine Reihe anderer Bedürfnisse haben als z.B. die heute hochaltrigen Menschen. Sind dies heute noch in großer Zahl Frauen ohne berufliche Ausbildung, meist mit nur wenigen Zeiten von Berufstätigkeit, damit kleinen Renten und eher bescheidenen Ansprüchen im Alter (niemandem zur Last fallen wollen, wenig materielle Ansprüche), so wird das in den nächsten Jahrzehnten häufig anders sein. Die meisten der Frauen und Männer werden eine berufliche Ausbildung und ein Berufsleben hinter sich haben. Sie werden in der Regel über eigene Renten, teilweise auch Ersparnisse, verfügen und sie sind ein selbstständiges Leben mit hohem gestalterischen Freiraum gewohnt. Sie besitzen vielfältige Kompetenzen zur Gestaltung ihres Alltags und werden ihren berechtigten Anspruch auf die fachliche Kompetenz von Beratung und Unterstützung vermutlich nachdrücklicher artikulieren als viele Alte von heute. Auch die Ansprüche an das Wohnen werden sich verändern.

Gerade eine vorausschauende **Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen** als den natürlichen Partnern kann die Kommunen bei der Verbesserung der Wohnsituation für die älteren Menschen unterstützen. Ältere Mieter sind in der Regel für die Unternehmen verlässliche Mieter. Vor allem bei der Planung und Durchführung struktureller Sanierungen und Anpassungen im Bestand müssen die Bedürfnisse der älter werdenden Bewohner angemessen berücksichtigt und einbezogen werden.

Wohnungsunternehmen sollten sich Daten zur Altersstruktur ihrer Mieter beschaffen, um hier vorausschauend planen zu können. In größeren zusammenhängenden Siedlungsgebieten liegt oft eine relativ homogene Altersstruktur vor. Hier müssen Stadtplaner, Sozialplaner und die Eigentümer bzw. Vermieter zusammenarbeiten, um die Siedlungen mittelfristig auch für die alternden Bewohner attraktiv zu erhalten bzw. weiter zu entwickeln und so einer schleichenden Entleerung vorzubeugen. Nicht

selten stellen Wohnungsunternehmen bereits heute kostengünstig Räume für Beratungsangebote und als soziale Treffpunkte für verschiedene Zielgruppen zur Verfügung. Auch das kann ein Weg sein, Mieter zu binden und ihr soziales Umfeld zu stärken.

Wohnungswirtschaft, Altenhilfe und Pflegeversicherungen, die Kommunen und Länder sollten bei der Planung, Um- und Neugestaltung von Wohnraum und Wohnumfeld für ältere Menschen deren Bedürfnisse einbeziehen.

Besondere Problemlagen können in Siedlungen entstehen, die eine relativ **homogene Altersstruktur** aufweisen und die mit ihren Bewohnern altern. Hier hat die Wohnungswirtschaft mehr Möglichkeiten zu regulieren als das bei einer hohen Eigentumsquote der Fall ist. In den fünfziger und sechziger Jahren entstanden im Umland wachsender Industriestädte häufig Eigenheimsiedlungen mit einer relativ einfachen Ausstattung, die heute kaum noch zeitgemäß ist. Über eine Außentreppe erreichbar, in der Regel zweigeschossig, mit Wohnzimmer und Küche unten, mit Schlafzimmer und Bad oben, wenig oder keinen Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten im Nahraum – hier können Probleme ebenso kulminieren wie dann Jahre später in den Eigenheimsiedlungen, die nach der Wende im Osten "hochgezogen" wurden und wo auch kaum Kriterien von Barrierefreiheit berücksichtigt wurden. Eine Bestandsaufnahme der Bewohnerstrukturen und –bedürfnisse, der Versorgungsangebote usw. in solchen Siedlungen könnte die Kommune beispielsweise in Kooperation mit Fachhochschulen im Rahmen von Diplomarbeiten vornehmen. Die Bewohner müssen in solche Prozesse natürlich eingebunden werden, denn es geht um ihre Zukunft, um ihr lebenswertes Altern. Nach der Bestandsaufnahme müssten alle Beteiligten angesprochen werden, über Lösungen nachzudenken. Dabei sollten Kommunen mit ähnlichen Problemlagen miteinander kooperieren und gemeinsam geeignete Konzepte entwickeln.

Quartiersprofile zur Bevölkerungsentwicklung, zur Wohnlage, zur Bebauungsstruktur, zur Infrastruktur und Versorgung können generell ein Weg sein, um Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen und Handlungsansätze zu liefern, mit denen den Risiken alternder Quartiere frühzeitig begegnet werden kann.

Dringend erforderlich ist generell der weitere **Auf- und Ausbau von Wohnberatungsstellen als Mittel der Prävention**. Durch geeignete Maßnahmen können viele Wohnungen so angepasst werden, dass sie von den Bewohnern auch bei Beeinträchtigungen im Alter selbstständig genutzt werden können (vor allem Bäder, Hauseingänge, Balkon). Die Beschaffenheit der Wohnung hat Einfluss auf Möglichkeiten oder Grenzen der Nutzung und Stärkung eigener Kompetenzen und Potenziale. Wohnung kann Aktivitäten und Kontakte behindern oder befördern. Die Möglichkeiten der Wohnraumanpassung werden noch viel zu wenig genutzt und angewendet – und oft auch erst beim Vorliegen von Pflegebedürftigkeit. Der Einzelne sollte bei kritischer Betrachtung seiner Wohnsituation aber durchaus schon präventiv tätig werden und Möglichkeiten baulicher Veränderungen in der Wohnung prüfen bzw. fachkundig prüfen lassen.

Durch geeignete Maßnahmen kann der Wert der Wohnung für den Eigentümer und für eine Nachvermietung sogar gesteigert werden. Und strukturelle Anpassungen im Bestand ziehen, wie man weiß, schon die "jungen Alten" an, die sich rechtzeitig auf ein angemessenes Wohnen im Alter einstellen wollen und mit einem Umzug nicht warten, bis es beinahe zu spät ist.

Ein **Wohnumfeld**, das den Bedürfnissen älterer Menschen entspricht und aktive eigenständige Lebensgestaltung ermöglicht, reduziert das Risiko der Pflegebedürftigkeit erheblich. Hilfe-, Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit hängen teilweise mehr mit der Lage und Ausstattung der Wohnung zusammen als mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen. Das Wohnumfeld muss Aktivitäten ermöglichen und fördern – sowohl bei den alten Menschen als auch generationenübergreifend.

Eine der Voraussetzungen für ökonomisch und sozial akzeptable Lösungsansätze wäre die konsequente Umsetzung **von Barrierefreiheit** in der Stadt- und Regionalentwicklung, bei Produkten und Dienstleistungen, Wohnungen und Wohnumfeld, d.h. eines Planens und Gestaltens, das für alle Menschen nutzbar ist, unabhängig von Alter oder Behinderung (dafür wurde der Begriff "Design for all" geprägt) . Auch Familien mit Kindern würden davon profitieren. Generell sollte es selbstverständlich werden, überall dort, wo öffentliche Mittel in die Stadt- oder

Regionalentwicklung fließen, auf barrierefreie Lösungen zu achten – bei öffentlichen Einrichtungen, Plätzen und Wohnungen.

Bau- und Handwerksbetriebe müssen gezielter zum barrierefreien Planen und Gestalten befähigt werden. Das sichert auch Arbeitsplätze in einem wachsenden Geschäftsfeld. Unter Fachleuten ist das längst anerkannt. Es bleibt die Frage, wie diese Erkenntnisse vom Expertenwissen zum Allgemeinwissen einer älter werdenden Gesellschaft werden können. Informationsnetzwerke sollten also auch dazu dienen, gelungene Beispiele für die konkrete Umsetzung von Barrierefreiheit beim Wohnen und im Wohnumfeld anschaulich und nachvollziehbar zu dokumentieren und zu verbreiten.

Der **Wohnungsbestand** verliert bei sinkenden Einwohnerzahlen teilweise an Wert, auch das Wohneigentum. Die bisherige vor allem auf Familien mit Kindern orientierte Wohnungsstruktur muss verändert werden. Die Zahl der Einzelhaushalte nimmt weiter zu. Daraus nur auf einen wachsenden Bedarf an kleinen Wohnungen zu schließen, wäre allerdings einseitig. Denkt man an notwendige Betreuung oder Pflege, wäre teilweise mehr Platz erforderlich. Auch sich differenzierende Einkommensverhältnisse bei älteren Menschen werden weiterhin unterschiedliche Wohnbedürfnisse hervorbringen, für die es eine breite Palette von Angeboten geben muss. Die Kommunen sollten in diesem Bereich nicht auf ihren eigenen Gestaltungsspielraum verzichten, in dem sie ihren Wohnungsbestand verkaufen. Zur Daseinsvorsorge gehört es auch, bezahlbare Wohnungen für Beziehende niedriger Alterseinkommen bereit stellen zu können.

Da die **Umzugsbereitschaft älterer Menschen** noch recht hoch ist, könnten Wohnungsunternehmen in Fällen eines entspannten Wohnungsmarktes auch das Zusammenziehen älterer Menschen in benachbarten Einzelwohnungen unterstützen oder dort, wo noch neu gebaut wird, ältere Menschen als künftige Mieter in die Planungen einbeziehen. Zu all diesen Varianten besteht insgesamt ein großer Informationsbedarf. Auch könnten freie Träger in Kooperation mit der Wohnungswirtschaft und den Kommunen einen unterstützenden Umzugsservice anbieten.

Bei einer langfristigen Planung und Vorbereitung auf die gewünschte Wohnsituation im Alter und einer rechtzeitigen Organisierung notwendiger ambulanter Begleitung kann selbstständiges Wohnen in den meisten Fällen auch bei einem **später anwachsenden Betreuungsbedarf** beibehalten werden. Dazu gehört die Weiterentwicklung von neuen Wohn- und Betreuungsangeboten insgesamt wie auch eine stärkere Durchlässigkeit der Versorgungsformen ambulant und stationär, damit hier Einbahnstraßen längerfristig vermieden werden können.

Eine der Voraussetzungen für die Einbindung von ehrenamtlichem Engagement in ein Hilfenetz ist auch die Einbindung in Quartier bzw. Nachbarschaft. Es ist leichter möglich, Unterstützungsbedarf zu erkennen und einander zu helfen, wenn man sich bereits aus „besseren Tagen“ kennt. Von daher sind auch die **Mehrgenerationenhäuser** ein vielversprechender Ansatz – wer in früheren Lebensphasen bereits Angebote dieser Häuser genutzt oder sich selbst aktiv eingebracht hat, wird möglicherweise später bei eigenem Unterstützungsbedarf diesen Anlaufpunkt wieder nutzen und sich nicht scheuen, Beratung und Hilfe anzunehmen.

Altenarbeit wird künftig insgesamt verstärkt quartiersbezogen und vernetzt sein müssen, wobei eine enge Zusammenarbeit von Kommunen und freien Trägern erforderlich ist. Vernetzung muss sich aber für die Beteiligten auch lohnen. So gibt es regionale Beispiele für das Ansammeln von Punkten durch nachbarschaftliche Hilfe, die man dann später selbst im Falle von Unterstützungsbedarf auch in Anspruch nehmen kann. Das eigene Engagement kann so als ein "Vorschuss" auf die Zukunft angesehen werden (z.B. das erfolgreiche Projekt Betreutes Wohnen daheim im Landkreis Schwandorf/Oberpfalz) .

Pflegestützpunkte und andere kommunale Beratungsangebote

Nicht selten entsteht die Situation Pflegebedürftigkeit relativ schnell, durch einen Unfall oder eine sich rasch verschlimmernde chronische Erkrankung – oder das Zusammentreffen verschiedener Erkrankungssituationen. Gerade in diesen Fällen muss es schnell und unkompliziert möglich sein, sich vor Ort über vorhandene Hilfs- und Unterstützungsangebote zu informieren, um möglichst nicht längerfristig oder für

immer auf Hilfe und Pflege angewiesen zu sein. Hier kann den im Gesetz zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung rechtsverbindlich zu schaffenden Pflegestützpunkten eine besondere Bedeutung zukommen. Zahlreiche Bundesländer haben solche umfassenden und trägerunabhängigen Beratungsstellen bereits aufgebaut. Stellvertretend für die verschiedenen Modelle seien hier nur Rheinland-Pfalz, Berlin und Schleswig-Holstein genannt. Daran ist unbedingt anzuknüpfen.

Aus Sicht der Betroffenen ist bei Eintreten oder Vorliegen von Unterstützungs- und Pflegebedarf eine wohnortnahe Vernetzung, Koordinierung der und Beratung über die in Betracht kommenden Leistungen und Handlungsmöglichkeiten wichtig. Hierfür können die von der Bundesregierung geplanten Pflegestützpunkte und Pflegeberater geeignete und wichtige Instrumente sein. Damit die Strukturen in der Praxis funktionieren, ist allerdings ihre konkrete Ausgestaltung entscheidend.

In vielen Kommunen bestehen Institutionen, die Beratungs- und Kooperationsaufgaben wahrnehmen. Die bestehenden Strukturen und ihre Organisation sollten Ausgangspunkt sein, die Pflegestützpunkte qualitativ weiterzuentwickeln und, wo nötig, aus- und aufzubauen.

Bei der Gestaltung der sozialen Infrastruktur kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu. In besonderer Weise obliegt ihnen im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge, aber insbesondere auch ihrer Verantwortung für Altenhilfestrukturen, Hilfe zur Pflege und für bürgerschaftliches Engagement, die Verantwortung für die Gestaltung der konkreten Lebensbedingungen der alternden Gesellschaft. Der Aufbau von Pflegestützpunkten muss natürlich in enger Zusammenarbeit mit den Pflegekassen und unter Einbeziehung ihrer Kompetenzen erfolgen.

An dieser Stelle sei mir noch ein **Exkurs in die sogenannten schrumpfenden und alternden Kommunen** erlaubt. Das klingt schon als Begriff nicht gerade verlockend, ist aber eben vor allem eine bislang neue Herausforderung. Eine Gesellschaft, die sich immer am Wert Wachstum orientiert hat, muss erkennen, dass bezogen auf größere Regionen nun Schrumpfung, also ein drastischer Rückgang der Arbeitsplätze und der Wegzug der erwerbsfähigen Bevölkerung, und damit eben eine beschleunigte Alterung angesagt sind. Und diese Schrumpfung bezieht sich nicht nur

auf die Zahl der Einwohner. Sie ist verbunden mit der Notwendigkeit des "Rückbaus" bzw. des "Stadtumbaus" (Kunstbegriffe bzw. Beschönigungen in der Formulierung wurden gefunden), der Notwendigkeit also der Reduzierung von technischer wie sozialer Infrastruktur. Nicht nur, aber vor allem Regionen im Osten Deutschlands, haben in den letzten beiden Jahrzehnten eine große Zahl von Arbeitsplätzen verloren. Damit einher ging der Wegzug der Aktiven, Jungen, Gebildeten. Zurück bleiben die anderen, vor allem die älteren. Sie werden dort alt werden und alt sein. Gerade in diesen Regionen brauchen die Menschen Information und Beratung, sie müssen an den weiteren Entwicklungen aktiv beteiligt werden. Oft sind sie jahrzehntelang mit dem Ort verbunden und haben jetzt das Gefühl, von jeder Perspektive abgehängt zu sein. Verloren gegangene Arbeitsplätze, das kann auch heißen: lange Arbeitslosigkeit und niedrige Alterseinkünfte.

Den Akteuren vor Ort kommt eine hohe Verantwortung für die Zukunft der dort Gebliebenen und dort Alternden zu. Infrastruktur, Versorgung und medizinische Versorgung zu sichern, braucht es neue Wege.

Enden möchte ich mit einem Satz des amerikanischen Stadtplaners Harlan Hahn, der schrieb: „Im Sinne von Mühelosigkeit oder Bequemlichkeit sind die meisten Städte nicht für nicht behinderte Menschen, sondern für ein physisches Ideal geschaffen, welches nur wenige Menschen hoffen können, jemals auch nur annähernd zu erreichen.“²

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass dieser Befund keine Zukunft hat.

² Harlan Hahn, Disability and the urban environment, Los Angeles 1986